



*FDP Ortsverband Kronberg*

## **Kronberger Erklärung**

### **Ausgangssituation:**

Die FDP befindet sich in einer existenziellen Krise. Waren die vergangenen Krisen der FDP im Wesentlichen durch Koalitionswechsel bedingt, steht die Partei heute vor dem inhaltlichen Konkurs.

Die mit der bürgerlichen Koalition verbundenen Erwartungen der Wähler der FDP sind nachhaltig enttäuscht worden. Eine einmalige Chance wurde leichtfertig verspielt. Der Einbruch von ca. 15% auf heute 4,5% der Wählerstimmen ist die Quittung.

Dies betrifft insbesondere das Thema Steuern, von dem im Bewusstsein der Bürger lediglich die leidige Reduzierung der Mehrwertsteuer für Hotels im Gedächtnis geblieben ist.

Ob Euro- und Finanzkrise oder Kernkraft, die FDP wird nur noch als maulender Beifahrer wahrgenommen.

Interviews und Statements des Führungspersonals der Partei waren bisher geprägt von den alten Themen wie insb. „Steuerreduzierung“. Abgesehen davon, dass die FDP hier ihre Glaubwürdigkeit verspielt hat, ist die Priorisierung dieses Themas, auch aus der Sicht des Wählers, angesichts wachsender Schulden, nicht nachvollziehbar.

Nach dem Führungswechsel an der Spitze der Partei muss nun die inhaltliche Neuorientierung mit dem Ziel erfolgen, das Thema unseres Landes „Verschuldung und demographischer Wandel“ anzusprechen, und hierfür die Lösungskompetenz aus der Sicht des Wählers zu erringen.

Noch hat die FDP die Chance, dieses Thema zu besetzen.

Deutschland steht vor einem Problem, das so schwergewichtig ist wie das Thema „Kernkraft“.

Trotz wachsender Steuereinnahmen verschuldet sich der Staat immer weiter. Unsere Gesamtverschuldung ist heute schon höher als die von Spanien oder Frankreich. Noch schützt uns unser Wirtschaftswachstum vor kritischen Fragen der Märkte.

Die Politik hat sich daran gewöhnt, Bedürfnisse, wenn sie nur mit dem notwendigen Druck vorgebracht werden, durch neue Schulden zu befriedigen.

Die Politik hat vergessen, dass sie als Treuhänder des Bürgers verpflichtet ist, mit dem ihr anvertrauten Vermögen sorgfältig umzugehen und für die Zukunft zu planen. Dies erfordert es, systematisch in Ausbildung und Forschung zu investieren, um auch morgen ein hohes Wirtschaftswachstum als Hightech-Land sicherzustellen. Gerade hier wird gespart. Schon heute wäre ein höheres Wachstum möglich, wenn nicht die Fachkräfte fehlen würden. Ohne das entsprechende Wachstum, verbunden mit einem systematischen Abbau der Verschuldung, ist der Lebensstandard unseres Landes in Gefahr. Das betrifft insbesondere die Finanzierbarkeit des Sozialstaates!

Wie sorglos und opportunistisch, aber eben nicht zielgerichtet, die Politik mit dem ihr anvertrauten Vermögen umgeht, lässt sich exemplarisch an den folgenden Beispielen darstellen:

- Die Euro-Krise wird nicht konzeptionell angegangen. Die Politiker begnügen sich im Rahmen von immer rascher aufeinanderfolgenden Krisentreffen „ die neuen Löcher zu stopfen“ und wundern sich, dass die Märkte dies nicht honorieren. Zu glauben, dass der harte Kern der Währungsunion auch noch in der Lage ist, auf diese Weise die Probleme von Spanien und Italien schultern zu können, ist ein Witz. Hierzu reicht dessen Kapazität einfach nicht aus. Ganz im Gegenteil werden auch die starken Länder ihre Kreditwürdigkeit einbüßen. Dann hilft nur noch ein Währungsschnitt oder eine hohe Inflation. Beides können wir uns nicht wünschen.

Am Beispiel Griechenland kann man gut erkennen, wohin das bisherige Vorgehen führt. Trotz massiver Hilfen steigt die Verschuldung des Landes aufgrund zurückgehender Einnahmen an. Griechenland kann sich nur selber helfen, d.h., es muss die Währungsunion verlassen. Der jetzt vorgesehene Ausverkauf des Landes – Privatisierung – wird das Land an den Rand eines Bürgerkrieges führen. Natürlich führt das Verlassen der Währungsunion zu einem weiteren Ausfall auf Seiten der Banken, denen der Staat wieder helfen muss. Dies ist aber letztendlich billiger, als einfach so weiter zu machen. Die Reaktion Finnlands – Forderung nach Absicherung seiner Ansprüche – zeigt, dass der bisherige Weg die europäische Solidarität gefährdet.

- Deutschland könnte durch die Einführung effizienter Verwaltungsstrukturen auf allen Ebenen Milliarden einsparen. So leistet sich Deutschland z.B. mit 16 Bundesländern ineffiziente und teure Verwaltungsstrukturen. Die Reduzierung auf z.B. acht Bundesländer müsste auch zu einem Ende des Länderfinanzausgleichs führen, was wiederum die Leistungsfähigkeit der Geberländer erhöhen würde.
- Die Berichte des Bundesrechnungshofes und der Landesrechnungshöfe – die ohne Konsequenzen bleiben – zeigen auf, wie sorglos die Verwaltung mit dem Geld des Bürgers umgeht.
- Bei den Aufwendungen für Schulen und Universitäten wird aber gespart. Den Universitäten werden nicht die Mittel gegeben, um auf den Ansturm der G8 und G9 Jahrgänge zu reagieren. Stattdessen wurde einfach der Numerus Clausus angehoben.
- Studenten, die aus dem Ausland kommen, um hier ihren Abschluss zu machen, werden nach Hause geschickt, statt ihnen einen Arbeitsplatz anzubieten.

Es ließen sich unendlich viele weitere Beispiele anführen, die alle eines zeigen: Die Politik hat ihre Aufgabe, langfristig die Zukunft unseres Landes zu gestalten, aus den Augen verloren. Sie orientiert ihr Handeln an kurzfristigen Stimmungstrends und Ereignissen. Die Beliebigkeit politischen Handelns hat Frau Merkel im Sommer dieses Jahres bzgl. bevorstehender Verhandlungen mit der FDP demonstriert. Ihre Zielvorgabe lautete: "Wie kommt jeder auf seine Kosten?"

Die sogenannte „Schuldenbremse“ könnte ein strategischer Ansatz sein, reicht aber nicht aus. Die Umsetzung wird erst einmal auf 2016 bzw. 2020 verlagert. Ziel ist es lediglich, die Nettokreditaufnahme dann auf 0,35% des BIP zu reduzieren. Höhere Nettokreditaufnahmen sind aber im Rahmen einer „antizyklischen Finanzpolitik“ zulässig! Wie die Politik alleine mit solchen Ausnahmeregelungen umgeht, erlebt man derzeit in Nordrhein Westfalen.

Der demographische Wandel, als die weitere große Herausforderung unserer Gesellschaft, potenziert das Problem. Schon heute kostet der demographische Wandel nach Schätzungen der OECD unser Land in Aufschwungphasen jährlich ein halbes Prozent Wirtschaftswachstum; und das ist erst der Anfang. Wenn hier nicht bald gezielt gegengesteuert wird, ist von einem mittelfristigen Rückgang der Wirtschaftsleistung unseres Landes auszugehen. Die Konsequenzen sind klar: Steuern und Abgaben sowie die Verschuldung werden weiter steigen. Im Ergebnis wird dies auch zu einer weiteren Abwanderung der Qualifiziertesten führen.

Eine Partei muss endlich der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes und der nachfolgenden Generationen gerecht werden und nicht nur darüber reden.

Es gibt derzeit keinen wirklichen politischen Willen der Parteien, Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die die heutige Konkurrenzfähigkeit und den Wohlstand unseres Landes kurz-, mittel- und langfristig sichern.

In einer Umfrage anlässlich der Landtagswahlen in Bremen wurden die Wähler gefragt, welches Thema aus ihrer Sicht die höchste Priorität hat: „Finanzen und Schulden“ war die Antwort.

Es ist deswegen nicht verwunderlich, dass die erfolgreichste, größte und am stärksten wachsende „Partei“ in Deutschland die der Nichtwähler ist.

### **Schlussfolgerung**

Keine Partei hat sich das Thema „Abbau der Schulden bei gleichzeitig steigenden Investitionen in Ausbildung und Forschung“ auf die Fahnen geschrieben. Diese beiden Themen bestimmen die Zukunft unseres Landes. Hier liegt die Chance der FDP, wenn sie denn wirklich bereit ist, diese Themen mit der notwendigen Konsequenz anzugehen

Die FDP Kronberg beschließt die nachfolgenden Grundsätze und fordert, dass diese zur Grundlage des neuen Programms gemacht werden.

### **Grundsätze**

1. Die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden ist systematisch zurückzufahren. Ist dies in den Koalitionsverträgen nicht umzusetzen, steht die FDP nicht zur Verfügung.

Die Verträge zur „Europäischen Währungsunion“ sind einzuhalten. Dies betrifft insbesondere Art 125 AEU (Nichtbeistandsklausel). Jedes Land, das der Europäischen Währungsunion beitrifft oder dort verbleiben möchte, muss sich darüber im Klaren sein, dass es nicht auf die Mithaftung der anderen Mitglieder bzgl. der eigenen Schulden zählen kann. Die im Rahmen des neuen Rettungsschirms zur Verfügung gestellten Mittel – Deutschland soll eine Summe von 211 Mrd. Euro garantieren – werden nur dann eingesetzt, wenn dies – anders als bei Griechenland – mit einer kurzfristig positiven Perspektive für das betreffende Land verbunden ist. Die privaten Gläubiger werden in die Haftung einbezogen, da es nicht sein kann, dass man risikoadäquate Zinsen kassiert, aber tatsächlich kein Risiko trägt.

2. Die Ausgaben für Ausbildung und Forschung werden auf Bundes- und Landesebene jedes Jahr so lange angehoben, bis eine bedarfsgerechte Ausbildung in den Schulen, weiterführenden Schulen und Universitäten erreicht ist. Maßstab ist eine Spitzenposition im europäischen Vergleich.
3. Die qualifizierte Immigration wird gefördert. Bestehende Barrieren wie Gehaltsmindestgrößen sind aufzuheben.
4. Steuer- und Abgabenerhöhungen wird nicht zugestimmt. Der Staat muss mit dem Geld auskommen, das er einnimmt. Umgekehrt werden auch Steuerreduzierungen abgelehnt, da sie dem Ziel der Konsolidierung der Staatsfinanzen zuwiderlaufen. Jede Steuerreform zur Beseitigung leistungshemmender Vorschriften muss aufwandsneutral gestaltet werden.
5. Die bestehenden Verwaltungsstrukturen in Bund, Ländern und Gemeinden sind auf das notwendige Maß zu verschlanken. Ein erster Schritt könnte die zahlenmäßige Reduzierung der Bundesländer sein, verbunden mit der Abschaffung des Länderfinanzausgleichs.